

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

## Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/118: 09.03.1998 – 02.06.1998

**09.03.1998**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1998) berichtet am 9. März 1998 über die 68er Bewegung: >>68er an die Macht

**Joschka Fischer und Gerhard Schröder, Straßenkämpfer und Altjusos auf dem Marsch in die Berliner Republik. ...**

Einer hüllte sich tagelang in Schweigen, obwohl er der zweite große Sieger der Niedersachsen-Wahl war: Joschka Fischer, der designierte Vizekanzler einer rot-grünen Bundesregierung - die Erfüllung eines Lebenstraums auch für ihn. Mag sein, daß er, wie einst Franz Beckenbauer nach dem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1990, erst einmal ganz allein und still den Triumph genießen wollte, um sich des einzigartigen Augenblicks zu vergewissern. Demnächst also: Schröder/Fischer statt Kohl/Kinkel. Wächst auch da zusammen, was zusammengehört?

Wenn es bei der Bundestagswahl am 27. September tatsächlich zum Ernstfall kommen sollte, dann übernimmt, pünktlich zum 30jährigen Dienstjubiläum der Revolte von 1968, die Generation von Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, von Apo und Woodstock die politische Macht an Rhein und Spree, dann vertreibt Uschi Obermaier Juliane Weber aus dem Kanzleramt.

Bleibt die Frage: Handelt es sich dabei um einen ganz normalen Generationswechsel an der Spitze des Staates - auch Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl zogen gut 50jährig ins höchste Regierungsamt ein - oder um die verspätete Rache der 68er für die Demütigung durch die schier endlose Ära Kohl? Kommen die Ex-Straßenkämpfer, Alt-Jusos und sitzkissenerprobten Friedensaktivisten also, wie die "Berliner Zeitung" mutmaßte, als anachronistische Wieder-gänger, als Untote und Zombies einer spätestens 1989 schmählich untergegangenen Epoche an die Macht, nur um ihre eigene spießige "Kohl-Welt" von links zu etablieren, diesmal rot-grün getüncht statt schwarz-gelb: "Emanzipations-Nippes" statt Vaterlands-Rhetorik?

Tatsächlich hat die sozialdemokratische Enkel-Generation - weder Schröder noch Lafontaine kämpften '68 auf den Barrikaden und sind doch kulturell geprägt von dieser aufregenden, revolutionären Epoche - jetzt die letzte Chance, in die Bundesministerien und ins Kanzleramt zu gelangen. Und natürlich geht es auch um die machstrategische Vollendung eines Generationsprojekts namens "Kohl muß weg".

Weder in Frankreich noch in England würde dem Generationen-Aspekt eines mit Spannung erwarteten Regierungswechsels derart große Beachtung geschenkt. Doch in Deutschland ist "1968" zu einem quasinationalen Gründungsmythos geworden und mit ihm die Generation, die die offene Straßenschlacht wiederentdeckte, die freie Liebe und das intensive Beziehungsgespräch in der Wohngemeinschaft.

So werden in Deutschland die runden 68er-Jahrestage begangen wie anderswo siegreiche Feldzüge oder die Abschaffung der Monarchie. Inzwischen ist fast jeder "irgendwo" ein alter

68er, und längst sind sie überall in der Gesellschaft an den Schaltstellen angelangt - in der Werbung. Als Darsteller im Film "Va Banque" und in den Medien, in Politik und Kultur, an den Universitäten sowieso und auch in der Wirtschaft, wo sie sich beim "Follow-up-Coaching" das allerneueste Konzept des "Business Reframing" anhören. Sie pflegen das Andenken der großen alten Zeit und vollenden ihre Karriere. In der SPD haben sie nun allein das Sagen. Die 78er, die gut 40jährigen, haben hier nichts zu melden.

Schlägt das Imperium der Mick-Jagger-Fans jetzt zurück? Tatsächlich hat die Toskana-Fraktion der angeblich hedonistischen Brandt-Enkel von Lafontaine bis Engholm ungezählte Chiantis herunterspülen müssen, bis sich das Blatt zu wenden begann. Eigentlich waren sie alle zusammen längst als notorische Gurken- und Verlierertruppe gebrandmarkt: als Westentaschen-Egomane, passionierte Weintrinker und hochehrgeizige Juso-Häuptlinge außer Diensten, denen seit den "antikapitalistischen Strukturreformen" der siebziger Jahre nichts wirklich Originelles mehr eingefallen war.

Gewiß, mit ihrer zur Schau gestellten postmateriellen Nachdenklichkeit, mit Betroffenheitsrhetorik und ausgefeilter "Streitkultur" prägten sie das gesellschaftliche Klima der späten achtziger Jahre durchaus mit.

Auf dem Hintergrund von Öko- und "Dritte Welt-Läden", von Frauen- und Friedensbewegung profilierte sich ein vergleichsweise sanfter Überredungsdiskurs, den Björn Engholm geradezu kongenial verkörperte. Stets war er "ein Stück weit" irritiert, aber auch bewegt von den Dingen, die man "irgendwie" zusammenbringen mußte, damit sich niemand "ausgegrenzt" fühlte - bis es ihn selber traf.

Es war die Zeit der Katastrophenszenarien von Atomkrieg bis zum Ozonloch, aber auch der ästhetischen Postmoderne - eine Phase relativ unbedrängten Wohlstands, in der die Angst vor Umweltzerstörung größer war als die vor Arbeitslosigkeit.

Während die sozialdemokratischen 68er die vermeintlich weichen Zukunftsthemen besetzten, beherrschte Kohl die harte Gegenwart. Alle Häme über das "pfälzische Gesamtkunstwerk" (Fischer), alle systemkritischen Parteisymposien, Fachtagungen, Strategiepapiere, Grundsatzprogramme und Zukunftsfolgenabschätzungskommissionen der SPD änderten nichts an dieser Aufgabenverteilung, auch wenn die Enkel Schritt für Schritt die Staatskanzleien der SPD-regierten Bundesländer eroberten.

Doch allmählich schälte sich eine merkwürdige Dialektik heraus: Die von Kohl angekündigte "geistig-moralische Wende" zerstäubte im Alltag der pluralistischen Gesellschaft, und die Juso-Utopien einer Alternative zum "staatsmonopolistischen Kapitalismus" vergilbten im Licht der sozialökonomischen Tatsachen.

Die Wirklichkeit, die in Deutschland traditionell einen schweren Stand hat gegen all die schönen Ideen und großen Wahrheiten, setzte linken wie rechten Ideologien nachhaltig zu. Der Realitätsschock kam in kleinen, homöopathischen Dosen, doch er wirkte: hier als Liberalisierung, ja "Amerikanisierung" der Sitten und Gebräuche (auch ein Erbe der antiautoritären Impulse von "68"), dort in Form eines wachsenden Pragmatismus, der ohne transzendenten Sinn der Geschichte auskommt, sogar ohne den "Orientierungsrahmen '90" der SPD.

Unter Kohls Regentschaft wurden viele aus der 68er-Generation zu Verrätern an ihren alten Idealen und konnten doch immer wieder mit dem deutschen Polit-Kabarett über den tumbe Kanzler aus Oggersheim herzlich lachen. Denn sie wußten ja, wie schrecklich falsch er alles machte.

Der Fall der Mauer aber, die plötzlich eingetretene Zukunft, mit der niemand gerechnet hatte, machte die meisten stumm, selbst wenn sie unentwegt redeten - über ein drohendes "Großdeutschland" etwa, die Rückkehr des Nationalismus, über D-Mark-Imperialismus und die Kosten der Wiedervereinigung.

Die Geschichte hatte sie einfach auf dem falschen Fuß erwischt. Jetzt zeigte sich, wie viele

Ressentiments und linkstraditionalistische Spießereisheiten sich im postmodernen Jahrzehnt gehalten hatten, als die ausufernden Straßenfeste ganz Deutschland in eine einzige multikulturelle Scampi- und Frascati-Zone zu verwandeln schien.

Lafontaines Niederlage gegen Kohl 1990 war so vorhersehbar wie das Scheitern der westdeutschen Grünen an der Fünfprozenthürde. Der Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks vollendete das Werk von Desillusionierung und Realitätsanerkennung, das auch unter den grünen, lange Zeit in "Fundis" und "Realos" gespaltenen Generationsfratres zu quälenden Lernprozessen und schmerzhaften Eingeständnissen von Irrtümern geführt hatte.

In seinem 1992 erschienenen Buch "Die Linke nach dem Sozialismus" resümierte Joschka Fischer, den Schriftsteller und kommunistischen Renegaten Manès Sperber zitierend: "Man mag zweifeln, ob sich die Linke ohne eschatologische Hoffnung halten kann, doch steht fest, daß sie nicht weiterleben wird, ohne gegen jede Mystifizierung zu kämpfen, die sie auf ihrem Wege antrifft."

Was diese entmystifizierte, realistische Linke sei, ist im Laufe der neunziger Jahre kaum klarer geworden. Anstatt intellektuelle Debatten über ein neues Verhältnis zur komplizierten Wirklichkeit anzuzetteln, verfiel auch die Generation von Teach-in und Open-end-Diskussion, sofern sie nicht zu Amt und Mandat gelangte, mehrheitlich der Entpolitisierung - einer Mischung aus zynischer Abgeklärtheit, Resignation und akutem Selbstschutz vor enttäuschten Erwartungen.

Fast schien es, als hätte sich die 68er-Generation im Status quo der Bundesrepublik, zwischen Frankfurt-Bockenheim und Valle Gran Rey auf Gomera, häuslich eingerichtet, als fürchtete sie gar jede größere Veränderung der schönen neuen Gemütlichkeit, die von der globalisierten Weltgesellschaft ausgehen könnte. Hier traf sie sich wieder mit dem strukturkonservativen Mainstream der Bevölkerung, die immer nur die Risiken statt der Chancen sieht und doch am liebsten Norbert Blüm glaubt: "Die Renten sind sicher."

Gerhard Schröders plebiszitär errungene Kanzlerkandidatur könnte daran etwas ändern. Vielleicht gerade deshalb, weil die Chance auf den Wechsel in Deutschland so lange auf sich warten ließ - und weil sie eher gegen die SPD, die Traditionspartei des programmatischen Fortschritts, als mit ihr erkämpft wurde. Das ist ein Zeichen für den allgemeinen Wunsch nach einer neuen gesellschaftlichen Dynamik. Und die Zeit scheint reif dafür.

Schon deshalb wird es kein Polit-Revival der siebziger Jahre geben, etwa mit den gefürchteten Thesenpapieren von Johano Strasser, mit Heidemarie Wiczorek-Zeul als Bundesfamilienministerin und "Rock gegen Rechts" vorm Kanzleramt, mit Stamokap-Debatte bis in den frühen Morgen und Konstantin Wecker am Klavier beim Bundespresseball: "Gestern homs den Willy derschlohn!"

Die geistig-moralischen Flokatis sind längst eingemottet und die blauen Bände der Marx-Engels-Werke in unerreichbare Höhen der Ikea-Regale entschwunden. All die nostalgischen Biographien der 68er ("Wie alles anfing", "Was wir wollten, was wir wurden") sind sicher zwischen ungezählten Buchdeckeln verstaubt. Ein 68er-"Milieu", das sich rächen wollte, existiert nicht mehr. Vermufftspießiger, als der Vorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher, vergangene Woche im ZDF gegenüber Joschka Fischer auftrat, kann sich auch der letzte verbitterte Alt-68er im SPD-Ortsverein Köln-Nippes nicht gebärden.

"All das ist Schnee von gestern. Der Traum von einer ganz anderen Politik" wird nur noch in einigen Ecken der SPD geträumt", formulierte die "Frankfurter Allgemeine" zu Recht. Wenn im Herbst 1998, nach all dem Vergangenen, die Vertreter der ehemaligen Anti-Parteien-Partei in Koalitionsverhandlungen auf den Anti-Partei-Menschen aus Hannover treffen sollten, dann versammelt sich die geballte Lebenserfahrung von mehr als drei Jahrzehnten abenteuerlicher Achterbahn-Fahrt zwischen "revolutionärem Kampf" und "neuer Mitte", zwischen ganz unten und ganz oben.

Es könnte die Ironie der Geschichte sein, daß dieselbe Generation, die den "Modernisierungsschub" von 1968 eingeleitet hat, nun, 30 Jahre später, nach unzähligen Irrungen und Wirrungen, eine zweite Raketstufe gesellschaftlicher Modernisierung zündet - auch wenn noch der praktische Bausatz fehlt. Und wieder wird niemand vorhersagen können, wo die Einzelteile dereinst landen werden.<<

**23.03.1998**

**Irak:** Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (13/1998) berichtet am 23. März 1998:

>>**Strahlen in der Wüste**

**Späte Folgen des Golfkriegs: Auf den Schlachtfeldern von 1991 erkrankten auffallend viele Kinder an Krebs**

Ali Hillal, acht, hat alle seine Haare verloren, eine Folge der Chemotherapie. Am Bett des sterbenden Kindes im el-Mansur-Krankenhaus von Bagdad wacht die verzweifelte Mutter. Latif Abd el-Sattar, fünf, auch er völlig kahl, hätte nach Auskunft der Ärzte eine gute Überlebenschance, wenn die notwendigen Medikamente zur Verfügung stünden. Marwa Adil, zehn, leidet an Leukämie, aber das Spital hat noch nicht einmal Punktionsnadeln für notwendige Rückenmarktests. Die Ärzte baten Marwas Vater, er solle doch versuchen, welche zu besorgen. Nur wo?

In irakischen Krankenhäusern herrschen erschreckende Zustände. Saddam Husseins Regierung läßt Reporter gern hinein: Seht her, was das Embargo der Vereinten Nationen anrichtet. "Clinton ermordet Babys", skandieren Einpeitscher auf staatlich organisierten Kundgebungen. Während einer Demonstration führte die Menge in offenen Särgen tote Kinder mit.

Die Gruselpropaganda verschweigt, daß die Uno Arzneimittel immer schon vom Boykott ausgenommen hatte. Richtig ist aber, daß sieben Jahre nach dem Golfkrieg vor allem im Süden, rund um die Provinzhauptstadt Basra, die Zahl der Krebserkrankungen deutlich zugenommen hat.

Ein Bagdader Krankenhaus registrierte 1.050 Fälle von Leukämie bei Kindern - fünfmal so viele wie zuvor. "Fast alle kommen aus dem Süden, aus Basra, Nassirija, Kerbala und Nadshaf", berichtete Dr. Ali Ismail dem britischen Nahost-Experten Robert Fisk vom Londoner "Independent". Das größte Hospital in Basra behandelte voriges Jahr 380 neue Krebspatienten - vor 1991 waren es höchstens 80 im Jahr.

Ärzte in Basra markierten auf Landkarten die Herkunftsorte von 765 Krebskranken: Alle stammen aus einem westlich von Basra gelegenen Landwirtschaftsgebiet; in der Nähe fand 1991 eine Panzerschlacht zwischen US-Truppen und Saddam Husseins Republikanischer Garde statt.

Damals waren die amerikanischen Militärs stolz auf ihren angeblich "sauberen" Krieg, der Zivilisten schonen sollte. Doch unter den Langzeitfolgen leidet die Bevölkerung noch heute. Gleich mehrere Risiken verbinden sich zu einem tödlichen Gemisch: Kampfstoffschwaden, aufgestiegen aus den Trümmern irakischer Munitionsdepots, die im Bomben- und Granatenhagel der Alliierten zerstört worden waren, legten sich - unerkannt - auf die Region. Und aus 732 Ölquellen, die Saddams fliehende Soldaten in Kuwait angesteckt hatten, stieg wochenlang ätzender Rauch in die Atmosphäre.

Zu all dem auch noch: Die alliierten Truppen setzten über eine Million Granaten ein, die zur Erhöhung der Durchschlagskraft einen Kern aus abgereichertem Uran ("depleted Uranium", Militärkürzel DU) enthielten. Allein amerikanische Panzer verschossen mindestens 4.000 schwere DU-Granaten. 940.000 Uran-Geschosse kleineren Kalibers feuerten A-10-"Panzerknacker"-Flugzeuge ab. Über 1.000 irakische Panzer und Militärfahrzeuge wurden durchlöchert, die US-Militärs jubilierten.

Vor dem Golfkrieg war Uran-Munition noch nie in großen Mengen eingesetzt worden. Abgereichertes Uran ist fast dreimal so dicht wie der härteste Stahl und daher bestens geeignet,

Panzerplatten zu durchschlagen. Das Material ist an sich harmlos, doch beim Durchbohren des Ziels werden kleine Staubwolken hochgiftiger, radioaktiver Teilchen freigesetzt. Die Dosis sei allerdings kaum gefährlich, hieß es früher immer.

Die verseuchten und vergifteten Kriegstrümmer rund um Basra wurden nie beseitigt. Kinder spielen in zerschossenen Fahrzeugen und lesen Metallreste auf. Irakische Experten sind überzeugt, daß Schadstoffe ins Grundwasser und in die Nahrungskette gelangt sind. Niemand hat die Bauern gewarnt, Kartoffeln und Zwiebeln hier anzubauen; Rinder und Schafe weiden auf verseuchtem Grund.

Saddam Hussein kümmert sich wenig um die Opfer: Die Bevölkerung im Südirak ist überwiegend schiitisch wie der benachbarte Iran und hat sich schon mehrmals gegen das Regime in Bagdad erhoben.

Mit ihrer Fürsorgepflicht nahmen es jedoch auch die Alliierten nicht so genau: Erst nach Kriegsende, als sich bei Veteranen erste Symptome rätselhafter Beschwerden zeigten, kamen Bedenken auf. In internen Schreiben warnten Fachleute das Londoner Verteidigungsministerium vor einem "ernsthaften" Krebsrisiko, das von den Schlachtfeldern ausgehe. "Wir müssen uns auf ein potentiell Problem vorbereiten", erkannte auch die "Defense Nuclear Agency" des Pentagon.

Öffentlich leugneten die Militärs weiterhin jede Gefahr. 1993 gab die "New York Times" Alarm. Unter der Überschrift "Die Wüste zum Strahlen gebracht" schrieb Wissenschaftsjournalist Eric Hoskins, daß Überreste "amerikanischer Uran-Granaten noch immer irakische Kinder umbringen" könnten. Die U. S. Army schätzt die auf den Golfkriegsschauplätzen herumliegende Uran-Menge auf 300 Tonnen.

Das Pentagon hatte 16 Abrams-Panzer zurück in die USA verschifft, die irrtümlich von der eigenen Truppe mit Uran-Munition beschossen worden waren. Die Wracks waren so stark verseucht, daß sie in einem Lager für radioaktive Abfälle in South Carolina entsorgt werden mußten. Zuvor hatten 27 Soldaten die Panzer ohne Schutzkleidung untersucht - ein sträflicher Leichtsin, wie sich bald herausstellte.

Die 27 gehören zu insgesamt 112 US-Soldaten, die - wie das Pentagon erst im August 1997 zugab - 1991 dem giftigen und radioaktiven Uran ausgesetzt waren. 35 GIs sind Überlebende aus den unter eigenen Beschuß geratenen Panzern, 50 waren bei einer Explosion im Munitionsdepot von Doha in Kuwait verwundet worden.

Im Januar dann räumte ein 32-Seiten-Bericht des "Büros zur Untersuchung von Golfkriegs-krankheiten" im Pentagon ein, daß möglicherweise "Tausende von Soldaten" schädlichen Strahlen ausgesetzt gewesen seien.

"Was hat das zu bedeuten?" fragte der amerikanische Veteranen-Vertreter Dan Fahey, "waren es 2.000 oder 50.000" - oder gar 400.000, wie seine Studie für möglich hält?

Wahrscheinlich noch größer ist die Zahl der Araber - Soldaten wie Zivilisten -, die mit den gefährlichen Spezialgranaten Kontakt hatten - und womöglich noch heute von ihnen getötet werden.<<

### **25.03.1998**

**Belgien:** Die Europäische Kommission und das Europäische Währungsinstitut einigen sich 25. März 1998 darauf, am 1.1.1999 in elf der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten den Euro einzuführen.

### **27.03.1998**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1998: >>**Ja-Wort aus Bonn: Polen, Tschechen und Ungarn in die NATO**

Der Bundestag hat am Donnerstag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zugestimmt. Die osteuropäischen Nachbarstaaten sprachen von einer "historischen Weichenstellung". Die NATO-Osterweiterung stützte sich im Bonner Parlament auf eine breite Mehr-

heit: Neben CDU/CSU und FDP votierten auch die Sozialdemokraten dafür. Die Fraktion der Grünen jedoch war einmal mehr zerrissen: Es gab Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und viele Enthaltungen. ...

Im Bonner Kanzleramt trudelten bereits in der Nacht zum Freitag die Danksagungen ein. Polens Präsident Aleksander Kwasniewski nannte die Zustimmung des Bonner Parlaments in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl "historisch". Das tschechische Außenministerium erklärt, die deutsche Entscheidung sei "ein weiterer Schritt auf dem Weg zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen im Geiste europäischer Partnerschaft".

... Nach der heutigen Billigung durch den Bundesrat ist Deutschland nach Kanada, Norwegen und Dänemark der vierte der 16 NATO-Staaten, der die Erweiterung ratifiziert hat.

Viele Redner sprachen von einer der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen, die der Bundestag jemals getroffen habe.

"Jetzt wächst in ganz Europa zusammen, was zusammengehört", sagte Außenminister Klaus Kinkel. "Dies ist ein Tag, an dem wir dankbar sein sollten." Ohne den Freiheitswillen dieser Staaten hätte Deutschland seine Einheit nicht erreicht. ...<<

### **31.03.1998**

**Belgien:** Die EU eröffnet am 31. März 1998 in Brüssel die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Estland, der Tschechischen Republik, Slowenien und Zypern.

### **07.04.1998**

**Rußland:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1998: >>**Jelzin soll umstrittenes Beutekunstgesetz unterschreiben**

... Das russische Verfassungsgericht hat Präsident Boris Jelzin in einem am Montag veröffentlichten Urteil angewiesen, das "Beutekunstgesetz" zu unterschreiben.

Die Moskauer Richter gaben einer entsprechenden Klage des Parlaments statt. Nach dem von Duma und Föderationsrat 1997 verabschiedeten Gesetz gehören Hunderttausende Gemälde, Bücher und Akten, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg aus deutschen Museen, Bibliotheken und Archiven verschleppten, Rußland - als Kompensation für die Zerstörung und Verschleppung russischer Kulturgüter durch die Nationalsozialisten. ...

Jelzins (Bevollmächtigte) ... kündigten am Montag an, der Präsident werde "in nächster Zeit" beantragen, das Gesetz für verfassungswidrig zu erklären, weil es "Akte internationalen Rechts, die von der UdSSR und der Russischen Föderation ratifiziert worden sind, grob verletzt" - z.B. die Haager Landkriegsordnung von 1907, nach der "Werke der Kunst und der Wissenschaft" nicht beschlagnahmt werden dürfen. Darüber hinaus hatte sich Moskau mit Bonn im Freundschaftsvertrag von 1990 und im Kulturabkommen von 1992 geeinigt, die Beutekunst zurückzugeben. ...

... "In Rußland befinden sich noch eine Million Objekte aus deutschen Museen und Sammlungen, 2 Millionen Bücher und 3 Regalkilometer Archivgut", antwortete die Bundesregierung im vergangenen Jahr auf eine Anfrage der PDS. Allein im Moskauer Puschkina-Museum, dem staatlichen Historischen Museum und der Sankt Petersburger Eremitage sollen eine Viertelmillion Exponate aus deutschem Besitz lagern.<<

### **08.04.1998**

**BRD:** Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. April 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/109-110): >>... Die Forschung ist durch eine auffallende Asymmetrie gekennzeichnet. Wir wissen weitaus mehr über den Nationalsozialismus als über den - nicht nur sowjetischen - Kommunismus. Insofern ist ein Schwarzbuch des Kommunismus, das unnachlässig dessen Verbrechen registriert, sehr nützlich, für ein Begreifen des totalitären Geschehens jedoch unvollständig.

Noch immer kennen wir zu wenig die Herrschaftsmechanismen unter Lenin, unter Stalin, unter ihren Nachfolgern. Was ist von "Lenins und Stalins willigen Vollstreckern" bekannt, den

"ganz gewöhnlichen Russen"? Die Antwort muß lauten: so gut wie nichts! ...<<  
... Unter moralischen Gesichtspunkten sind die Verbrechen dieser Systeme gleichzusetzen.  
Insofern ist die verbreitete Schiefelage in der Einordnung beklagenswert. ...<<

**April 1998**

**BRD:** Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im April 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1998 (x853/...):

>>**Geistiges und Ungeistiges über das vereinte Europa**

**(Ein christlicher Kontinent oder ein fettes Stachelschwein)**

Immer schon war ich ein Befürworter eines geeinten Europa und nachdem ich mich 1937 in Amerika für zehn Jahre niedergelassen hatte und seit 1957 ein Weltreisender wurde, bin ich es heute noch mehr denn je - aber nicht bedingungslos, nicht ohne Sorgen.

**1.**

Ich wünsche mir natürlich einen Staatenbund, nicht einen steigernd sich zentralisierenden Bundesstaat, wie es heute die Vereinigten Staaten sind. Am Subsidiaritätsprinzip sollte nur in äußersten Fällen gerüttelt und den Eurokraten bestimmte Grenzen gesetzt werden.

Auch im deutschen Kaiserreich von 1871 gab es verschiedene Staatsbürgerschaften, verschiedene Heere (aber eine Flotte), verschiedene Briefmarken, diplomatische Vertretungen untereinander und sehr unterschiedliche Lokalgesetze. Der *Simplizissimus* in München durfte den deutschen Kaiser karikieren, aber nicht den König von Bayern!. Österreich und Ungarn waren auch lose verbunden.

Es sollte hier auch gleich erwähnt werden, daß die kleindeutsche Vereinigung und das italienische Risorgimento (Wiedererstehung) das Resultat nationaler Bestrebungen waren. Das ethnische Element (Sprache und Kultur), nicht aber notwendigerweise die gleiche Mentalität führte zu den Einigungsbestrebungen. Doch rückblickend muß man da sofort zwei Dinge erkennen: auf der einen Seite war die Zerrissenheit der Deutschen und der Italiener die Ursache einer gewissen Wehrlosigkeit, die es mächtigen Nachbarn ermöglichte, Teile des Volksganzen zu erobern und einzuverleiben, aber auf der anderen Seite war die Existenz der "Kleinstaaterei" eine einzigartige Quelle der Vielfalt und eines gewaltigen kulturellen Reichtums.

Mit Schrecken muß man da an Paris denken, in dem so ziemlich "alles" zentral zusammengezogen ist, was das nachmittelalterliche Frankreich zu bieten hat, während im deutschen Reich oder auch in Italien gleich ein Dutzend Sonnen mit ihren Planeten bestand und, Gott sei Dank!, auch noch weiter besteht.

Im Reich von 1871 waren es München, Stuttgart, Nürnberg, Leipzig, Berlin, Hamburg, Hannover, Dresden, Köln, Mainz, Frankfurt, Würzburg, Trier, Königsberg, Fürstentümer, Reichsstädte, Hansastädte - und der Leser möge mir für zahlreiche Unterlassungen verzeihen. In Italien waren es Venedig, Mailand, Turin, Florenz, Parma, Lucca, Modena, Rom, Neapel, Palermo, Bologna, Genua und noch viele andere Zentren. Und das soll uns Stoff zum Nachdenken geben. Man muß an den Genius Europas denken, dabei aber den *Genius loci* nicht vergessen.

Nun, der nationale (ethnische) Gedanke, der zur Gründung eines Gesamtstaates führt, ist nicht der Reichsgedanke, der eine spirituelle Vertikalität hat. ... Der "Reichsgedanke" ist vertikal. Im Heiligen Römischen Reich gab es vornehmlich Deutsche, aber auch Niederländer, Franzosen, Tschechen, Slowenen, Italiener, Wenden, ja selbst Kroaten und auch Israeliten. Es gab aber auch Deutsche außerhalb des Reichs, so zum Beispiel in Ostpreußen, im Baltikum, in Ungarn, in Rußland, selbst im Kaukasus. Nun ist "Nationalität", maßvoll ausgedrückt, kein unedler Begriff: die Sprache, die Kultur, die Sitten, die man damit verbindet, sind richtige Werte.

Der Maler Th. Th. Heine vom *Simplizissimus*, der in München erschien, produzierte eine Karikatur Kaiser Wilhelms II, machte aber den Fehler, über preußisches Territorium nach Ham-

burg reisen zu wollen. Er wurde erkannt, verhaftet und zu einer (völlig ehrenvollen) Festungshaft verurteilt. Er benützte dort die Zeit, wo er wie ein Herr behandelt wurde, um auf Staatskosten zu leben und sich künstlerisch fleißig zu betätigen.

Wenn die Volkszugehörigkeit zu einem Fetisch wird, zu einer fanatischen Besessenheit, die zur Verachtung anderer Völker führt, wirkt sie zerstörend, ist sie unchristlich. Genau so wie ein Mann, der nur in seiner Männlichkeit, eine Frau, die in ihrer Weiblichkeit, der alte Mann, der in seinem Greisentum oder der Beamte, der in seinem Bürokratismus restlos aufgeht und für alle anderen Personen und Werte blind bleibt. Der Christ respektiert auch die Werte, Eigenschaften und Eigenheiten anderer Völker. Als Österreicher bin ich natürlich auch Deutscher, habe aber eine besondere Liebe zu Ungarn, wo ich als junger Mann studierte, und dessen Dichtung mich begeistert.

Da wir aber gerade von Ungarn sprachen, sollten wir die Worte des hl. Stefan, des ersten christlichen Königs, an seinen Sohn, den heiligen Emmerich erwähnen: ... "Ein Königreich von nur einer Sprache und einer Sitte ist zerbrechlich und dumm."

Das ist ein Satz, den der armselige "moderne Mensch" kaum mehr verstehen dürfte. Sein Ideal ist die gleichmäßig aussehende, gleichmäßig fühlende und denkende Herde. Man muß aber begreifen, daß der heilige Stefan in aller Wahrscheinlichkeit an ein Mosaik und nicht an ein Mischgetränk dachte, nicht an einen Mischkauerwelsch wie Englisch, Japanisch oder Rumänisch, doch es war ihm jedenfalls klar, daß die heidnischen Sitten der Magyaren verchristlicht werden mußten.

Im mittelalterlichen Ungarn waren nicht nur Magyaren, im Norden gab es Slowaken und Ruthenen, im Süden Kroaten und Wenden, im Hochmittelalter kamen die Wallachen, die auf den Karpatenkämmen bis nach Mähren gelangten, Deutsche wanderten in den Süden, Norden und Osten ein, später auch Serben, die aus dem islamisierten Balkan flüchteten. Ungarn wurde ein Mosaik. Das waren auch Großbritannien, auch Spanien und die polnische *Rzeczpospolita*, die einmal vom Herzen Estlands bis fast an das Schwarze Meer reichte.

Eine Brücke zwischen Nationalität und Glauben? Ja, die gab es auch und die gibt es noch immer. Nationalität und in noch stärkerem Ausmaß Religion berühren die Person. Ein Wallfahrtsort wie Santiago de Compostela zog einst die ganze westliche Christenheit an, alles pilgerte hin, aber es hatte als Heiligtum für Spanier eine besondere Bedeutung - wie einst auch Canterbury, das mit der Reformation aufhörte, ein weltweites spirituelles Zentrum zu sein.

Doch gab es nicht nur im Mittelalter, sondern bis zum Jahre 1806 das Heilige Römische Reich, manchmal auch "deutscher Nation" genannt, und erst 1806 (sieben Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs) wurden die Gebete für den Römischen Kaiser am Karfreitag und Kar Samstag endgültig gestrichen. Voltaire hatte zwar gespottet, daß das Reich weder heilig, noch römisch, noch ein Reich war, und John of Salisbury ärgerte sich darüber, daß die Deutschen darin einen so führenden Platz einnehmen, aber es war dennoch eine größere geistige Realität als viele von uns heute glauben.

Freilich, das Volk des Heiligen Römischen Reiches war 1933 tief gefallen, so wie ein Teil der Engel, wie das "Auserwählte Volk", das Heilige Rußland 1917, das Volk der "allerchristlichsten" Könige 1789 und der "katholischen Könige" 1936. Tief fallen kann man eben nur von großer Höhe!

Das Gefühl, die Ahnung, ja auch die Überzeugung, daß die Christenheit als Ganzes nicht nur ein geistliches, sondern auch ein weltliches Oberhaupt und Zentrum haben sollte, war schon in frühester Zeit da. Und all dies war zutiefst mit Rom verbunden. Man darf da nicht vergessen, daß Byzanz doch nur "Ostrom" war und sich die Byzantiner als *Romaioi*, als Römer betrachteten. Justinian, ein "Illyrer" (vielleicht ein Slawe) sprach sowohl lateinisch als auch griechisch. Sein Ruhm als juristischer Erneuerer ruht auf Schriften in lateinischer Sprache.

Erst mit der Krönung Karls des Großen in Rom durch den Papst zu Weihnachten des Jahres

800 haben wir ein weströmisches Kaisertum, dessen Wappen auch der Doppeladler war. Durch das Schisma von 1054 ist jedoch das Christentum "endgültig" gespalten. Das aber hinderte viele Denker, darunter auch Leibniz, nicht, an eine politische Einigung Europas zu denken. Sicherlich hat dabei die Idee des Heiligen Römischen Reiches Pate gestanden - bewußt oder unbewußt. Man muß sich vorstellen, daß nach der Wahl Karls V. zum Kaiser auch in London eine Festmesse gefeiert wurde.

Zugleich aber dachte man daran, daß diese politische Vereinigung der Christenheit (selbst nach der Reformation) mehr als symbolisch sein sollte. Doch die Motivierung war außer der offenbar ähnlichen Leitideen Europas "praktischer Natur": die Vermeidung innereuropäischer Kriege, die Verteidigung Europas und der wirtschaftliche Vorteil eines riesigen Marktes.

Das waren und sind auch heute noch drei, rein materialistische Gesichtspunkte. Nur im Hintergrund gab es noch einen gewissen "Humanismus", der eher versteckt und nicht offen erwähnt eine christliche Wurzel hatte.

Nach dem Ersten Weltkrieg, diesem sinnlosen Gemetzel, hatten wir die Gründung der Paneuropa-Bewegung durch den Grafen Richard Coudenhove-Kalergi. Gerade weil seine Mutter eine Japanerin war, konnte er den Geist Europas sehr "plastisch", also dreidimensional sehen. Ich kannte ihn, wie auch zwei seiner Brüder und eine Schwester. Gescheite Frauen gibt es viele, aber sie war ausgesprochen genial: Ida Friederike Görres, Autorin zahlreicher Bücher.

### III.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es drei katholische Christen, die sich bemühten, eine Vereinigung Europas kernhaft und rein wirtschaftlich mit Kohle und Stahl, als "Montanunion" in die Wege zu leiten - Konrad Adenauer aus dem Rheinland, Robert Schuman aus Lothringen und Alcide de Gasperi aus Welschtirol. (Geschichtlich-geographisch kamen alle drei aus dem "Mittelreich" Lothars, dem Sohn Karls des Großen, das von Mittelitalien bis Friesland reichte.)

Die Wirtschaft stand da zweifellos im Vordergrund, und es erhebt sich die brennende Frage, ob ein geeintes Europa, ein europäischer Staatenbund, moralisch, aber auch psychologisch von materiellen "Interessen" allein, seien die wirtschaftlich oder militärisch, "getragen" werden kann. Wenn wir das Wort "militärisch" aussprechen, dann sollten wir auch an Krieg und Tod denken. Aber stirbt man freiwillig für die Wirtschaft? Hier widerspricht ein Hauptfaktor der großen Einigung dem anderen.

Nun fragt man sich, ob dieses Vereinte Europa eine Liebesgemeinschaft ist, in der man für jemand anderen freiwillig sein Leben gibt. Nehmen wir an, daß eine imaginäre Nordafrikanische Konföderation Griechenland überfällt. Ganz Europa müßte dann natürlich dagegen reagieren. Es könnte dann sein, daß ein junger Däne aufgefordert sein wird, für das griechische Kreta sein Leben hinzugeben oder die Einwohner von Amsterdam eine libysche Atombombe "ertragen" müßten.

- Die Frage ist eben, wieviel Kitt im Vereinten Europa steckt - und wie dieser Kitt beschaffen ist. Genügen die gemeinsame Währung und die wirtschaftlichen "Erwartungen"? Der Bauch ist sicherlich ein sehr wichtiges Organ und ohne die Verdauungsorgane gibt es kein Leben, aber in zwischenmenschlichen Beziehungen zählen vor allem Herz und Hirn. Auch bis zu den Zähnen bewaffnet am gedeckten Tisch zu sitzen ist noch keine Garantie für ein harmonisches Familienleben, ja nicht einmal für eine angeregte fruchtbare Konversation.

Wird das gar nicht realisiert? Doch ein wenig. Daher auch die schweren Bedenken für eine Eingliederung der Türkei, wo jetzt der Protest laut geworden ist, daß "Herr Kohl" (ein wahrer Sündenbock!) aus Europa einen "christlichen Klub" machen möchte.

Ja, gibt es einen anderen gemeinsamen Nenner für Europa als das Christentum - das Christentum und seine rein weltlichen Derivate, selbst seine Häresien und Entartungen? (Nicht einmal Marx, Bakunin oder Rousseau kann man sich ohne christliche Wurzel vorstellen.) Schon

Proudhon hatte uns verraten, daß man stets überrascht ist, wenn man am Grunde der Politik immer wieder auf die Theologie stößt.

Mit anderen Worten, es ist das Christentum und sowohl zahlenmäßig als auch kirchlich-organisatorisch vor allem der katholische Glaube, der den Kitt liefert, wobei aber zu bemerken ist, daß dieser allein ungenügend wäre, die Festigkeit des "Gebäudes" zu sichern. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben. Doch ein anderer Kitt ist ganz einfach nicht vorhanden. Man muß sich auch die zusätzliche Frage stellen, was Europa der Welt zu "geben" hat, und da ist es wieder für die unmittelbar "benachbarten Erdteile" - Asien und Afrika - die christliche Botschaft.

Da ist Jerusalem (nicht Sodom und Gomorrhä), Athen und Rom, der Dreieinige Gott, die Trias von Sokrates, Plato und Aristoteles, die großen Mystiker, die unsterblichen Künstler, Dichter und Denker der Jahre zwischen Kolumbus, Kopernikus und den selbstmörderischen Kriegen seit 1914. Nicolas Gómez Davila hatte völlig recht als er schrieb, daß ohne Bibel und Antike der Europäer nichts anderes wäre als ein bleichgesichtiger Barbar. Nicht viel anders urteilte Salvador de Madariaga als er sagte, daß unsere Kultur auf dem Tod zweier Männer beruhe, eines Philosophen und des Gottessohnes: Sokrates und Jesu Christi.

Wenn aber nun, um noch einen anderen Weisen zu zitieren, Golo Mann feststellte, daß Auschwitz die Maske vom Gesicht unserer Gottlosigkeit gerissen hatte, dann müssen wir uns fragen, mit welchem geistig-seelischen Gepäck wir auf dem Weg in das gemeinsame "Haus Europa" aufgebrochen sind. Das wissen die Kläger. Darüber hat die Paneuropa-Bewegung heute nach all diesen furchtbaren Erfahrungen keine Illusionen mehr. Mit ihrem Wappen - dem roten Kreuz auf der Sonne der Weisheit und den Zwölf Sternen Mariae, die wir auch auf der Fahne der "EU" finden - sind sie Christliche Streiter geworden. Was fehlt da noch?

Die Rechristianisierung Europas. Mit einem "horizontalen" Europa, einer reinen Addition, ist uns nicht gedient. Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Auch nicht Länder. Und schon gar nicht ganze Kontinente.

#### **IV.**

So viel vom Spirituellen. Doch die "Europäische Union" hat nicht nur das schwere Problem eines mangelnden Vitalprinzips, das eben nur das Kreuz sein kann, sondern auch zwei große politische Schwächen, die noch sehr wenig realisiert werden, weil unseren Analysten in der Regel die historische Perspektive abgeht.

Die meisten Kommentatoren in den Massenmedien betrachten das "Haus Europa" aus dem Blickwinkel der augenblicklichen Ideale. Man trifft da manchmal Leute, Politiker, Fernsehredakteure und Schriftsteller mit einem Geschichtswissen, das nur Kopfschütteln verursacht. Wir hatten die drei Siege der Liberaldemokratien, 1918, 1945 und 1989, wobei letzterer mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution zusammenfiel.

Die Vereinigung Europas ist jedoch von so großer Bedeutung, daß man sie aus geschichtlicher Vogelschau und nicht aus dem Blickwinkel der heutigen politischen Denkmodelle formen, betrachten und beurteilen sollte. Der "moderne Mensch" ist so "horizontalistisch" und denkt so zeitbedingt, daß er sich eine Zukunft mit anderen Idealen und Zielsetzungen gar nicht mehr vorstellen kann, so daß man zum Beispiel fest davon überzeugt ist, konstruktives politisches Handeln nun durch plebiszitäre Arithmetik auf majoritärer Basis bestimmen zu können. (Jorge Luis Borges nannte dies einen kuriosen Mißbrauch der Statistik.) Überflüssig darauf hinzuweisen, daß man an diesem Unsinn auch in der "Basis" der Kirche zu glauben beginnt, wo doch die Kirche in Jahrtausenden zu denken und zu planen hat.

- Vor nicht allzulanger Zeit hat ein hoher Beamter im amerikanischen Staatssekretariat (d.h. im Außenministerium), Francis Fukuyama, ein Buch mit dem Titel "The End of History" veröffentlicht. Die These? Die Welt ist nun restlos demokratisch, also hat die Geschichte ein Ende genommen. Da hat der liebe Gott einem erwachsenen Menschen ein kindliches Gemüt be-

wahrt.

Einen ähnlichen Unsinn glaubte der Secretary of State, Robert Lansing, im Jahre 1918, der überzeugt war, daß infolge der Demokratisierung der Welt es von nun an keine Kriege mehr geben werde. Jacob Burckhardt war vom Gegenteil überzeugt und sagte schon im Jahr 1878: "Seitdem die Politik auf innere Gärungen der Völker gegründet ist, hat alle Sicherheit ein Ende."

Nun wollen wir uns mit zwei Schwachstellen der "Europäischen Union" beschäftigen, die verhängnisvoll sein können und "systembedingt" sind. Beide sind mit heutigen "Moden" verbunden, deren eine aber nicht nur "Mode", sondern sogar Vorschrift ist und auch in der Praxis einen "P. C.-Charakter" angenommen hat. Dagegen zu verstoßen wird zur politischen Todsünde.

Wir denken hier an die Demokratie, die an sich mit Freiheit nichts zu tun hat, aber in der "Europäischen Union" als *conditio sine qua non* für die Mitgliedschaft gilt. Nur Demokratien werden in die EU aufgenommen und es fragt sich, ob Staaten, in denen die Demokratie legal (wie in Deutschland 1933) oder illegal (wie in Rußland 1917) zugrunde geht, ganz einfach hinausgeworfen oder mit intervenierender Waffengewalt zur freien Wählerei gezwungen werden können.

- Wie fest ist jedoch die Demokratie Europas heute verankert? Augenblicklich würden wir bis weit in den Osten durch Abstimmungen überall Mehrheiten für die liberale Demokratie bekommen. Aber wird das überall auf die Dauer so bleiben?

Das interessiert mich als Vater, Großvater und Urgroßvater, der im nächsten Jahr seinen 90. Geburtstag feiern sollte und immer wieder brüllende Volksmengen gesehen und gehört hat, die bald diese, bald jene Regierungsform verdammt oder auch hochleben ließen. Man vergesse dabei auch nicht, daß die Instabilität, nein, sogar der Stolz auf die Instabilität und den ewigen Wandel programmatisch zur parlamentarischen Demokratie gehöre. Wahlen stehen für periodische Veränderungen ...

Nun aber hat der englische Sozialist Harold Laski schon vor langem gesagt, daß die parlamentarische Demokratie zwei Voraussetzungen zu erfüllen hat: Sie muß ein Zweiparteiensystem haben (damit nicht eine kleine Partei der Mitte Erpressungen ausüben kann) und - was noch viel wichtiger ist - die Parteien a common framework of reference, eine gemeinsame "Sprache", eine für alle verbindliche "öffentliche Philosophie" haben müssen, so daß sie sich nicht nur verstehen, sondern auch mit ihrem Gewissen vertretbare Kompromisse schließen können. (Daher auch die APO, die "Außerparlamentarische Opposition", die zahlenmäßig nicht mitkonnte und deshalb zu gutem Teil dem Terrorismus verfiel.) Diese von Laski gepriesene, ideale Situation existiert auch heute noch in England, den britischen Dominien, in Skandinavien und in den USA ... aber viel weniger auf dem Kontinent.

Sie existierte hier gar nicht in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg mit ihren bösen wirtschaftlichen Problemen. Der Mensch ist nun einmal nicht nur ein religiöses, sondern auch ein ideologisches Wesen und die Ideologien bemächtigen sich der Parteien (oder auch umgekehrt). Clausewitz sagte uns übrigens, daß die Kriege nur Fortsetzungen der Diplomatie mit anderen Mitteln seien und Bürgerkriege sind in diesem Sinn auch nur Fortsetzungen des Parlamentarismus, die in Ländern mit starker Individualität (Rußland! Spanien! Mexiko! Nicaragua! Österreich 1934) mit der Waffe in der Hand ausgefochten werden.

Nun aber ist die liberale Demokratie eine Schönwetterideologie. Was geschieht bei einem unerträglichen Überhandnehmen der Kriminalität, einer beunruhigenden Einwanderung aus anderen Kontinenten oder - gar nicht so undenkbar! - einer riesigen Finanz- und Wirtschaftskrise mit Horden von Arbeitslosen? Das würde in der politischen Szene den Radikalismus stärken. Die Demokratie, die das Mittlere und Mittelmäßige liebt und sogar lieben muß, hat einen höchst natürlichen Haß auf das "Extreme", mag es rechts- oder linksdrallig sein.

- Aber was geschieht in einzelnen Staaten der "Europa-Union", wenn radikale Parteien unter einem "charismatischen" Führer frei nach Plato (Politeia, Buch VIII-IX) sich lokalen Vertretungen oder gar des Europaparlaments bemächtigen und dabei einige Länder mittun wollen und andere wieder nicht? Solche Situationen sind weder genau vorauszusehen noch gar zu vermeiden. Ob das Malheur nun lokal oder universal passiert - die Folgen sind unübersehbar. Unsere Massen, die weder intellektuell noch gefühlsmäßig auf solche Krisen vorbereitet sind, noch auch vorbereitet werden können (wie zum Beispiel ein kleiner Schweizer Kanton oder eine walddreiche Bezirkshauptmannschaft in der Steiermark) stünden solchen Situationen ratlos gegenüber.

- Würde man "erlaubte" und "verbotene Parteien" haben müssen? (Von den Linksparteien werden die Bolschewiken, die mit 100 Millionen Leichen als Massenschlächter einen Weltrekord aufgestellt haben, in der EU "zugelassen", die Nazis aber nicht. Warum?)

Da der Sinn des Menschen von Kindheit an auf das Böse ausgerichtet ist (I. Mosis, 8,21), kann er sich auch noch andere bösartige Ideologien ausdenken, die im demokratischen Rahmen erfolgreich sein können. Das bezieht sich auch auf religiöse Sekten.

Wie dem auch immer sei: das parlamentarische System als "Bühne" der Einigung Europas kann in einer Notzeit - und Notzeiten wird es in der Geschichte immer wieder geben - zu einem "Schlachtfeld" werden. Doch da gibt es noch eine andere "Falle".

## V.

Parlamente bilden in reinen Nationalstaaten einen Schauplatz für ideologische Kämpfe und es fragt sich überhaupt, ob ein Organ, für "Auseinandersetzungen" erdacht und gebildet, ein ideales, wenn auch indirektes Werkzeug zum Regieren sei.

Man stelle sich einmal ein Ministerium vor, in dem Uneinigkeit und Uneinstimmigkeit als begrüßenswerte Charakteristiken betrachtet werden. Da wir aber jetzt viel eher von einem Parlament einer Vielvölkerunion reden, müssen wir nicht nur ideologische, sondern auch ethnische und (sehr verdeckt) "rassische" Unterschiede und Gegensätze in Betracht ziehen. Das böse Beispiel war das Parlament im alten österreichischen Vielvölkerstaat, über das sich einst schon Mark Twain lustig gemacht hatte. Manche seiner Probleme, wie z.B. die für viele Abgeordnete existierende Deutschsprachigkeit, kann heute durch Simultanübersetzungen und Hörgeräte überbrückt werden.

- Doch eben nicht nur ideologische, sondern auch ethnische wie auch staatliche und regionale Animositäten können in einem Europaparlament fatale Auswirkungen haben. Und das geschah im alten Österreich, in dem der Reichsrat immer wieder wegen seiner Operationsunfähigkeit suspendiert werden mußte. Im Ersten Weltkrieg führte dies zum Verbrechen - der Sozialdemokrat Friedrich Adler ermordete den Ministerpräsidenten, den Grafen Karl Stürgkh, weil dieser auf höchst undemokratischer Weise fast dauernd das Parlament suspendierte - ein jedoch damals sehr notwendiges Verfahren.

Nun kann man sich leicht vorstellen, daß in Zukunft, besonders nach einer "Osterweiterung", im Europaparlament nationale oder auch regionale Spannungen auftreten werden, die nur durch eine Majorisierung "unbotmäßiger" Nationen oder Staaten gelöst werden können. Man kann da an ein Nord-Süd oder auch ein Ost-West Schisma mit allen möglichen Folgen denken. Im demokratischen Rahmen sind es immer nur wieder Majorisierungen, die "Lösungen" bringen, die aber in Wirklichkeit keine Lösungen sind. Man erinnere sich da nur an das irische Problem, das auf diese Art und Weise nicht wirklich gelöst werden kann.

- Schon der große britische Liberale John Stuart Mill hat vor anderthalb Jahrhunderten gepredigt, daß die Demokratie sich nicht in Vielvölkerstaaten realisieren läßt, wobei man hinzusetzen muß, daß dies ganz besonders dann nicht möglich ist, wenn es sich um Republiken handelt. Zweifellos würde Belgien, das die größten Schwierigkeiten mit dem wallonisch-flämischen Antagonismus hat, die Abschaffung der Monarchie keine 48 Stunden überleben.

Die Schweiz ist anscheinend ein Gegenbeweis, doch ist dort der Patriotismus ungleich stärker als das Nationalgefühl (das aber auch existiert).

Demokratie ist jedoch nicht die Herrschaft des "Volkes", sondern der nichtpermanenten Mehrheit über die wechselnde Minderheit - ein nicht immer erheiterndes Schaukelverfahren. Was geschieht aber, wenn die Parteien nicht Ideologien oder Klassen, sondern "Völkerschaften" ethnischen oder religiösen Charakters vertreten - so wie z.B. in Nordirland, wo schottische Calvinisten katholischen Iren gegenüberstehen? Analoge Situationen sind im Europaparlament sehr denkbar, wobei man aber an viel größere "feindliche" Einheiten denken muß, an kolossale ideologisch-kulturelle Regierungskoalitionen und ebenso große Oppositionsgebilde, wenn nicht gar großregionale Gegensätze, die in Notzeiten wahre Erdbeben verursachen könnten.

## VI.

Die Einigung Europas tut not. Sie ist im Prinzip zu bejahen. Ihr struktureller Charakter ist jedoch ein großes Problem.

Wir haben in der Geschichte innerstaatliche Kriege erlebt – so der Sonderbundskrieg in der Schweiz, der Krieg zwischen Norden und Süden in den USA, der bis 1865 der blutigste Krieg der ganzen Weltgeschichte gewesen war. In dieselbe Kategorie gehört auch der deutsch-preußische Krieg von 1866, der im Busen des Deutschen Bundes ausbrach, allerdings gegen eine preußisch-italienische Militärallianz.

Und heute? Da sehen wir, daß es Norditaliener gibt, die aus der Republik "aussteigen" wollen, und Basken, die zu Spanien NEIN sagen. Im früheren Jugoslawien sehen wir ein Teilstück - Bosnien -, das seinerseits wieder auseinanderbrechen will und mit "ethnischen Säuberungen" sich auf kleine "Nationalstaaten" einstellt. Amerikaner wissen heute, daß Demokratie nicht unbedingt Freiheit bedeutet und daß der Export der Demokratie, der für sie ja ein französischer Import gewesen war, dem Rest der Welt unendlich viel Unheil gebracht hatte.

Was wäre da die Lösung? Theoretisch eine Rechristianisierung und Remonarchisierung Europas mit parteilosen Ständevertretungen und einem hervorragenden unpolitischen Beamtenapparat noch klassischem chinesischem Muster. Die Monarchen sind ja alle miteinander verwandt und könnten sich mit Leichtigkeit "zusammensetzen". Kann man sich das aber wirklich vorstellen? Heute, im "Horizontalistischen" Zeitalter? Leider nicht. Sünden werden erst richtig nach dem Tod bestraft, Dummheiten, vor allem Kollektivblödsinne schon hier auf Erden.

Das vereinte Europa muß geschaffen werden. Die Argumente dafür sind erdrückend. Aber anders als es sich so viele unter uns vorstellen. Vor allem aber in einem anderen Geist und mit einem anderen Vorzeichen!

Die militärische Einigung wäre natürlich nur für eine Verteidigung und nicht für einen Angriff da und die wirtschaftliche Koordination für das materielle Wohlergehen. Europa, reduziert auf diese zwei Aspekte, hätte keine Seele. In seinen Wappen dürfte es dann nicht christliche Symbole haben, sondern nur ein fettes Stachelschwein, versehen mit dem Pentagramm.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er

schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.

Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.

Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen planiert. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.

Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...

Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsfüchtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.

Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. Im Moment haben wir beides – zu wenig Europa und zu wenig Nationalstaat. Der eine fühlt sich für die Herausforderung durch die Globalisierung nicht mehr und der andere noch nicht zuständig. Die Nation macht sich kleiner, als sie ist derweil die Brüsseler eine Stärke zur Schau stellen, die sie in Wahrheit nicht besitzen. So treffen die Veränderungen der Globalisierung auf einen Kontinent, dem das politische Kraftzentrum fehlt. Es besteht die Idee als Möglichkeit, aber nicht im wahren Leben der Völker.

Notwendig wäre die Europäisierung des Nationalstaates ...

Europa ist eben nicht der Ersatz des Nationalstaates, sondern sein Partner, zuweilen auch sein Erfüllungsgehilfe. Wer die Dinge besser regeln kann als der andere, bekommt das Recht zum Handeln übertragen. Die Politiker durchstreifen ohnehin nicht selbst die Großstädte auf Verbrecherjagd, sie verhaften nicht und klagen nicht an, und auch das Verurteilen und Wegsperren übernehmen andere. So wie der Nationalstaat hoheitliche Aufgaben an Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter überträgt, sollte er auch Europa für sich zu nutzen wissen.

Die Nation bleibt die einzige Quelle von Staatlichkeit, aber nicht ihr alleiniger Vollstrecker. Es kommt nicht zur Abtretung von Hoheitsrechten, wohl aber zu ihrer Übertragung. Die Nation verliert ihre Exklusivität, um im Gegenzug an Durchschlagskraft zu gewinnen. Die europaweite Verbrecher- und Terroristenjagd ist nun mal deutlich effizienter als die kriminalistische Kleinstaaterei, wo der eine den anderen in den Abendnachrichten mit den Grausamkeiten des Tages überrascht.

Ausgerechnet eine europäische Wirtschaftspolitik ist bisher über das Skizzenhafte nicht hinausgekommen. Dabei wäre die Bündelung der ökonomischen Interessen das Einzige, was im

Weltkrieg um Wohlstand schnellen Erfolg verspricht.

Eine Forschungspolitik, die weltweite Spitzenleistungen hervorbringt, ist heute nur europäisch vorstellbar. Der Rückfall in nationale Industriepolitik kann nur auf europäischer Ebene verhindert werden.

Gegenüber dem mächtigen Rivalen in Übersee hat Europa nur eine Stimme oder gar keine. In der Welthandelsorganisation sitzen die nationalen Minister ohnehin nur noch als Zaungäste dabei.

Gesucht werden also Politiker, die bereit sind, über das Nationale hinauszugehen, ohne es zu verraten. Fragen von historischer Dimension warten auf ihre Beantwortung: Wie kann eine wirksame Außenvertretung funktionieren, die mehr zu bieten hat als der Grüßaugust, den man heute als Kommissar für die Außenpolitik bezeichnet?

Wie vertreibt man die grauen Gesellen des europäischen Bürokratismus, die bisher als Kräfte der wirtschaftlichen Entschleunigung wirkten?

Was wäre zu tun, um die industriellen Kapazitäten Europas zu konzentrieren, damit sie international mithalten können?

Wie lassen sich gemeinsam die ins Rutschen geratenen Grundlagen der europäischen Staatsfinanzierung neu befestigen?

Welches Regime an den Außengrenzen der EU ist notwendig, um den Mitgliedernationen, ihren Firmen und deren Belegschaften jenen Schutz zu bieten, den sie zu Recht erwarten?

...<<

### **27.05.1998**

**BRD:** Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 27. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/114-115): >>>Zahlen muß man nicht übersetzen: 100 Millionen bleiben 100 Millionen, ob auf französisch oder auf deutsch. Die Zahl bleibt Zahl – monströs und nichtssagend, weil sie zählt statt zu erzählen.

Ebenso monströs und nichtssagend erscheint der Unterschied, den sie markieren soll: 100 Millionen des Kommunismus gegen 25 Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Auch dazu bedarf es keiner Übersetzung: eine Differenz von 75 Millionen Toten, ein schier unüberbrückbarer Abstand. ...

Nicht die Verbrechen kommunistischer Regime an sich, sondern die Tatsache, daß die Ideologie, in deren Namen sie ausgeführt wurden, mindestens bis 1991 von so vielen Menschen und nicht zuletzt von vielen Intellektuellen als eine echte, bessere und mögliche Alternative zum westlichen Kapitalismus angesehen wurde - dies ist das eigentliche Problem. ...<<

### **28.05.1998**

**BRD:** Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 28. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/118-122): >>>Das Entstehen eines Weltmarkts und die "Globalisierung" waren im Jahre 1848 schon erkennbar. Es lohnt sich eine kleine Zitatelese aus dem "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels:

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. ... Die uralten nationalen Industrien werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden."

"Die Bourgeoisie reißt ... durch die unendlich erleichterte Kommunikation auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation."

Soweit Marx und Engels. Allerdings wissen wir, daß diese scharfsinnige Analyse eines der repressivsten Systeme der Weltgeschichte wurde. Wo steckt also das Falsche im Richtigen? Welche Munition ist in ihren Texten versteckt, die für den späteren Gebrauch durch linkstota-

litäre Ideologien geeignet war? ...

Marx und Engels ... zeichnen das Bild eines militärischen Oberkommandos, in dem die einzelnen Wirtschaftszweige als Teilarmeen fungieren. "Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt."

Das hat wenig mit dem tatsächlichen Verlauf der Industriellen Revolution zu tun – dafür drängt sich der Vergleich mit dem Aufbau der sowjetischen Industrie geradezu auf.

Marx und Engels glänzen durch die Denunziation aller Gemäßigten. Die Revolution mußte für sie nach dem Schema der Französischen Revolution ablaufen und am Ende die radikalste Partei – an die Macht bringen. Mittel dazu war der Vernichtungskrieg gegen konterrevolutionäre Klassen und Völker.

Das qualitativ Neue einer Gesellschaft, die das Recht des Stärkeren ersetzt durch eine Kultur des Tausches und einer diskutierenden Öffentlichkeit, blieb ihnen fremd. Der das ganze Jahrhundert beherrschende Diskurs, wie Gewalt zu bändigen und eine zivile Ordnung herzustellen sei, schien ihnen Heuchelei.

Dies kennzeichnet 1848 und 1849 durchgehend die Politik der "Neuen Rheinischen Zeitung" (NRZ), des "Organs der Demokratie". Für Marx und Engels, die beiden Chefs ist klar: Ihre Vorstellung von "Demokratie" wird sich nur in "Weltkriegen" verwirklichen lassen.

Fix- und Angelpunkt ist die leidenschaftliche Propaganda eines revolutionären Kriegs gegen Rußland, dessen Zarentum der Hort der "Reaktion" ist. Man hat in der Dauerpolemik der NRZ gegen Rußland und slawische Völker einen heimlichen Nationalismus gelesen, doch die Quelle dieses Hasses ist eine andere.

Die NRZ schoß sich auf die Tschechen, Slowaken und Ruthenen (Ukrainer) ein, deren Bauernbevölkerung ihren Grundherren mehr traute als den Demokraten.

Während im Juni 1848 noch den Tschechen das Zertifikat "sozialrevolutionär" zugestanden wird, wandelt sich das Urteil im Lauf des Sommers. Als im Herbst kroatische, ruthenische und tschechische Regimenter gegen die ungarischen und Wiener Aufständischen vorgehen, wird die NRZ-Redaktion feindselig.

Engels kann selbst an den demokratischen Kräften unter den Tschechen nur "Schurken oder Phantasten" erkennen. Als der Wiener Oktoberaufstand niedergeschlagen wird, schwindet jede Zurückhaltung. Die Korrespondenten der NRZ aus Wien, namentlich der rassistische Müller-Telling, titulieren die kleinen slawischen Völker nur noch als "tierisch-blödsinnige Slawen", "blödsinnige Slawenesel", "niederträchtige Hunde von Slawen und Ruthenen", "Tschechenhunde", "Kroatenabschaum".

Im Februar 1849 legt Müller-Telling antisemitisch nach: "Man fühlt in Österreich im ganzen Volke, daß das Judenvolk dort die niederträchtigste Sorte von Bourgeoisie und den gemeinsten Schacher repräsentiert, darin liegt die ganze Antipathie gegen das Judengesindel."

Die Chefredakteure in Köln deckten all das. Marx selber schrieb Ende des Jahres in einem Leitartikel: "In Wien erwürgten Kroaten, Panduren, Tschechen, Sereschaner (eine aus Südslawen gebildete Heeresgruppe) und ähnliches Lumpengesindel die germanische Freiheit."

Wer dies als typisch für den damaligen Stil streitbarer Publizistik herunterspielt, der unterschätzt den nach Systematisierung drängenden Geist der Väter des Marxismus.

Sie zauberten aus dem Hut eine Theorie der "Völkerabfälle", dem Untergang geweiht. "Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt", schreibt Engels.

Deshalb fordert er "unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod mit dem revolutionsverräterischen Slawentum Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus. ... Auf die sentimentalen Brüderschaftsphrasen ... antworten wir: daß der Russenhaß die erste revolutionäre Lei-

denschaft bei den Deutschen war und noch ist, daß seit der Revolution der Tschechen- und Kroatenhaß hinzugekommen ist."

Engels hatte nichts übrig für den Anarchisten Bakunin und seine Parteinahme für die Südslawen, die unter dem Joch der ungarischen Revolutionsregierung standen. Die Ungarn seien im Gegenteil viel zu nachgiebig gegenüber den Kroaten, das sei konterrevolutionär.

Für die beiden Revolutionstheoretiker ist das Slawentum - mit Ausnahme der Polen - eine einzige "Vendée" (in der Französischen Revolution lehnten sich royalistische Bauern aus der Vendée gegen das jakobinische Regime auf). Nach dem Vorbild der Jakobiner müsse man die Slawen mit Feuer und Schwert austilgen.

Marx und Engels meinten nicht unbedingt die physische Ausrottung, sondern "nur" die terroristische Unterdrückung der Nationalbewegungen und des Panlawismus. Sie unterscheiden zwischen fortschrittlichen Nationen, die ein Lebensrecht haben, und "geschichtslosen" Völkern, die nur die Knute verdienen.

Inwieweit sie damit der Legitimation der Ausrottung ganzer Nationalitäten in kommunistischen Diktaturen vorgearbeitet haben, ist eine interessante Frage.

Stalin, Mao Tse-tung, Pol Pot und Mengistu haben "konterrevolutionäre" Klassen und Völker liquidiert, ohne sich im einzelnen auf Marx zu berufen.

Ihr kriegerisches Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung hinderte Marx und Engels daran, die bürgerliche Zivilgesellschaft zu begreifen. Sie übersahen, daß das Freihandelsinteresse von britischen Manchester-Industriellen durchaus korrespondierte mit linksliberalen Prinzipien, internationalen Friedensbestrebungen und dem Willen zu sozialen und politischen Reformen. Für sie war das allenfalls die sentimentale Bemäntelung eines reinen Profitinteresses. (Heute steht die amerikanische Politik bei der europäischen Linken unter einem ähnlichen ideologischen Verdacht.)

In fast allen Äußerungen über die Mächte des 19. Jahrhunderts bleibt von Marxens Klarsicht in Sachen Weltmarkt wenig übrig. Statt dessen regieren Gewaltphantasien, die sich mit Versatzstücken aus Hegels Volkgeistlehre tarnen, wonach sich jede höhere zivilisatorische Stufe in einer konkreten Nation verkörpere.

Der Hegelianismus offenbart sich in späteren Jahren noch deutlicher in Engels' Polemik gegen Bakunin, dessen Beharren auf dem Lebensrecht der slawischen Bauernvölker gegen die Germanisierung mit Hohn bedacht wird:

Es sei ein Verbrechen, "daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als in Europa die großen Monarchien eine ‚historische Notwendigkeit‘ wurden, alle diese kleinen, verkrüppelten, ohnmächtigen Natiönchen zu einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären. Freilich dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manch sanftes Nationalblümchen gewaltsam zu zerknicken. Aber ohne Gewalt und eherne Rücksichtslosigkeit wird nichts durchgesetzt in der Geschichte."

An anderer Stelle statuiert Engels das Urteil:

"Die ganze frühere Geschichte Österreichs beweist es bis auf den heutigen Tag, und das Jahr 1848 hat es bestätigt: Unter allen Nationen und Natiönchen Österreichs sind nur drei, die aktiv in die Geschichte eingegriffen haben, die noch jetzt lebensfähig sind - die Deutschen, die Polen, die Magyaren. Daher sind sie jetzt revolutionär.

Alle anderen kleinen Stämme und Völker haben zunächst die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen."

1851 holt Engels in einem Brief an Marx die letzte slawische Nation aus seinem Pantheon: "Die Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfre, krakeelsüchtige Dummheit gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen ... den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat."

In alldem zeigt sich - gegen das bürgerliche Prinzip der Gewaltenteilung und -begrenzung - das alte absolutistische Prinzip, wonach Opposition gegen den Herrscher ein Verbrechen ist. Im Zentrum der kapitalistischen Welt, in Großbritannien, hatte sich längst eine neue politische Kultur und ein liberaler Rechtsstaat herausgebildet. Nutznießer waren die geschlagenen Revolutionäre des Kontinents von Mazzini bis Kossuth, von Marx bis Engels.

Sie wußten ihr sicheres Exil zu schätzen. ...<<

**29.05.1998**

**Schweiz:** Die Züricher Zeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 29. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/71-72): >>... Jean-Louis Margolin untersuchte die chinesischen Verhältnisse und stieß dabei – was Quellen und Archivalien betrifft – auf sehr viel größere Schwierigkeiten als Werth (der den Terror in der Sowjetunion prüfte).

Seit den dreißiger Jahren und verstärkt nach dem Langen Marsch richtete sich der "rote Terror" in China gegen "Abweichler" und "Verräter" in den eigenen Reihen wie gegen "Klassenfeinde": reiche Bauern, Händler, hohe Beamte.

Nach dem Sieg von Maos Armee über Tschiang Kai-schek und nach der Staatsgründung von 1949 errichtete die chinesische Führung die berüchtigten "Umerziehungslager" für jene, die den "Erziehungskampagnen trotzten. Aus Mangel an verlässlichen Zahlen ist Margolin weitgehend auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen.

Unter der Annahme, daß jeder zwanzigste Häftling während oder wegen der Haft starb oder umgebracht wurde, gelangt der Autor zur Zahl von 10 bis 20 Millionen Toten. Für die Zeit von 1949 bis zu Maos Tod (1976) rechnet Margolin mit der horrenden Zahl von 44 bis 72 Millionen Opfern, von denen mehr als die Hälfte in der Zeit der Hungersnot starben, also mittelbar an den Folgen der Politik des "Großen Sprungs nach vorn" (1959-62). ...<<

**30.05.1998**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Mai 1998: >>**CSU fordert Hürde für EU-Beitritt Tschechiens**

... Unmittelbar vor dem Pfingsttreffen der Vertriebenen hat der Bundestag mit Regierungsmehrheit die Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach 1945 als völkerrechtswidrig verurteilt. Gleichzeitig bekräftigte die Regierungskoalition ihre Forderung nach einem Niederlassungsrecht für Vertriebene in Polen und Tschechien nach dem EU-Beitritt dieser Länder.

Die Sudetendeutschen verlangten die Aufnahme Tschechiens in die EU an die Aufhebung der Benesch-Dekrete zu knüpfen. "Wer nach Europa will, muß die europäische Hausordnung auch einhalten", sagte Sprecher Franz Neubauer in Nürnberg.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber verlangte in der Bundestagsdebatte, die Rechtsordnung der EU-Beitrittskandidaten müsse sorgfältig überprüft werden. Wenn die Tschechische Republik sage, daß die für die Vertreibung der Sudetendeutschen verantwortlichen Dekrete der Regierung Benesch nicht aufgehoben würden, dann werde es schwer, Tschechien in die EU aufzunehmen. Die Deutschen hätten in der EU die Interessen der Deutschen zu vertreten. ...

Der Bundestag forderte mit der Koalitionsmehrheit die Bundesregierung auf, sich gegenüber den östlichen Staaten für die "legitimen Interessen" der Vertriebenen einzusetzen. Die SPD enthielt sich der Stimme, Bündnisgrüne und PDS stimmten dagegen. ...<<

**Österreich:** In Wien berichtet am 30. Mai 1998 die "Presse" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/74-79): >>... An die 100 Millionen Tote listet das "Schwarzbuch des Kommunismus" auf: 65 Millionen in China, 20 Millionen in der Sowjetunion, je 2 Millionen in Nordkorea, Kambodscha (rund ein Viertel der Bevölkerung in dreieinhalb Jahren), 1,7 Millionen in Afrika, 1,5 Millionen in Afghanistan, je eine Million in Vietnam und in den osteuropäischen Staaten. ...

Der Terror war – so wird mit zahlreichen Beispielen belegt – von Beginn an Wesensmerkmal

der kommunistischen Systeme an der Macht. ...

Hier werden der Kürze wegen nur einige sowjetische (Verbrechen) aufgelistet.

"Verbrechen gegen den Frieden", als nach dem Pakt mit Hitler die Teilung Polens, die Annexionen baltischer Staaten, der Nordbukowina und Bessarabiens folgten oder der Angriff auf Finnland 1939. Der Einmarsch in Ungarn oder der Tschechoslowakei, die Militärintervention in Afghanistan.

"Kriegsverbrechen" etwa durch die Liquidierung eines Teils der polnischen Offiziere und der bürgerlichen Intelligenz des Landes in Katyn 1940. Der Tod von über einer halben Million gefangener Soldaten der Deutschen Wehrmacht und mit ihr verbündeter Armeen im Archipel Gupwi, der vielfach auf Hunger und menschenverachtende Zustände zurückzuführen war.

"Verbrechen gegen die Menschlichkeit" durch die Indienststellung der Macht des Staates für eine verbrecherische Politik und Praxis: Deportationen, systematische Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, Menschenraub oder Massenfolterungen aus politischen, ideologischen, rassistischen oder religiösen Gründen.

Millionen Unschuldige wurden von kommunistischen Systemen umgebracht, denen nichts vorzuwerfen war, außer daß sie Adelige, Bürger, Kulaken, Ukrainer, Juden, Intelligenzler oder KP-Mitglieder waren.

Seit 1920 wurden etwa die Kosaken verfolgt und in einem streng umrissenen Gebiet ausgelöscht. Männer wurden erschossen, Frauen, Kinder und Alte deportiert. Die Dörfer dem Erdboden gleichgemacht oder Umsiedlern übergeben. Millionen von Kulaken wurden zwar nicht an Ort und Stelle erschlagen, doch die Zwangsarbeit in den unwirtlichsten Gebieten des riesigen Reiches ließ ihnen kaum eine Überlebenschance: ein Tod auf Raten. Die inszenierte "Hungernot" in der Ukraine raffte 1932/33 binnen weniger Monate 6 Millionen Menschen dahin.

...

Die Frage der Mitschuld und Mitschuldigen wird ebenso zu stellen sein, gegenüber dem Ausland, den "unabhängigen Kommentatoren" (Journalisten, Schriftstellern, Intellektuellen), den Kommunisten (den "Wissenden"). Dabei werden die Wirkungsweisen des Totalitarismus sichtbar.

Vielleicht ist es heute möglich, jene zeitgenössischen Positionen, die Stalins Gewaltpolitik akzeptierten, kritisch zu ergründen, zu verurteilen; viel schwieriger, ja unmöglich ist es jedoch, den Anhängern dieser Positionen vorzuwerfen, diese Verbrechen nicht verhindert zu haben oder nicht in den Widerstand gegangen zu sein. Widerstand hätte im totalitären System keine Chance auf eine nennenswerte Unterstützung der Masse gehabt.

Tzvetan Todorow: "Der Totalitarismus (ist) eine Maschinerie von fürchterlicher Effizienz. Die kommunistische Ideologie zeigt uns ein Bild einer besseren Gesellschaft und fordert uns auf, diese anzustreben. Außerdem beraubt die kommunistische Gesellschaft den einzelnen seiner Verantwortung: Es sind immer "sie", die entscheiden. Verantwortung ist oft eine schwere Bürde. Die Anziehungskraft des totalitären Systems, die unbewußt sehr viele Menschen erfahren, ergibt sich aus einer gewissen Angst vor der Freiheit und der Verantwortung". Das erklärt auch die Popularität autoritärer Regime (Erich Fromm).

Warum wußte und weiß man - trotz der Arbeiten von Solschenizyn, der Maschke-Kommission oder des Instituts für Kriegsforschung - so wenig über die Verbrechen des Kommunismus? Warum beschäftigt sich die Wissenschaft erst am Ende des 20. Jahrhunderts mit diesem Thema?

... Der besiegte Nationalsozialismus wurde von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt. So geriet der Kommunismus, auch durch die psychologische Stärke Stalins in den Konferenzen der "Großen Drei", fast automatisch in das Lager der Guten. In Nürnberg traten die Sowjets als Ankläger und Richter auf. Geschehnisse wie Katyn oder der Hitler-Stalin-Pakt mußten heruntergespielt, der Sieg über den Nationalsozialismus als Beweis für die – auch morali-

sche – Überlegenheit des Kommunismus benützt werden.

... Nikita Petrow, ein Kenner des sowjetischen Repressionsapparats, sprach den sowjetischen Richtern das moralische Recht ab, über andere zu Gericht zu sitzen, weil sie selbst ein Unrechtsregime verkörperten.

Die Kommunisten wußten, daß sie fortgesetzt Unrecht taten und zuließen. Chruschtschow konfrontierte seine Parteispitze selbst mit der rhetorischen Frage:

"Was tun wir mit all denen, die verhaftet wurden? Wir wissen heute, daß sie unschuldig waren. Wir haben unwiderlegbare Beweise, daß sie, weit davon entfernt, Feinde des Volkes zu sein, ehrliche Männer und Frauen des Volkes waren, der Partei ergeben, der Revolution ergeben. Früher oder später werden die Leute aus den Gefängnissen kommen. Sie werden allen erzählen, was passiert ist".

Es gab keinen Widerspruch zum Inhalt aber auch keine Umkehr. Unter Breschnjew hat die KP zur Herrschaftssicherung weiterhin Massenrepressionen durchgeführt. Die entsetzlichsten Verbrechen von Pol Pot, in Afghanistan, in Peking oder in Afrika standen noch bevor.

Das vorliegende Buch ist – obwohl es in einigen Bereichen dem internationalen Forschungsstand nachhinkt – zum Denkmal geworden: für die Opfer selbst, für die Kommunismusforschung, für die vergleichenden Forschungen zum Totalitarismus und für das 20. Jahrhundert.<<

**01.06.1998**

**BRD:** Die Europäische Zentralbank beginnt am 1. Juni 1998 in Frankfurt am Main ihre Arbeit.

**02.06.1998**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Juni 1998: >>>**Stoiber reitet scharfe Attacke gegen Tschechien**

... Der Konflikt zwischen CSU und FDP um den bevorstehenden Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union (EU) hat sich weiter verschärft.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) und der CSU-Vorsitzende Theo Waigel forderten auf dem 49. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg erhebliche Zugeständnisse der Prager Regierung an die Vertriebenen. Voraussetzung für einen Beitritt seien "Gesten guten Willens" in der Frage des Heimatrechts und eine Annullierung von "Unrechtsgesetzen". Tschechien reagierte darauf zunächst gelassen, während FDP und Grüne scharfe Kritik übten.

... Die Forderungen "vergiften die Atmosphäre", sagte Kinkel am Montag. "Bilaterale Fragen aus der Vergangenheit werden nicht mit EU-Verhandlungen verknüpft." Die Vermögensfrage bleibe offen. Annelie Buntenbach von Bündnis 90/Die Grünen sprach von "großdeutschem Säbelrasseln", das den Prozeß der europäischen Einigung empfindlich störe.

Stoiber hatte am Sonntag auf dem Pfingsttreffen gesagt, es dürfe im Interesse der Vertriebenen keinen EU-Beitritt Prags "ohne Wenn und Aber" geben. Im Lauf der Beitrittsverhandlungen müsse geklärt werden, ob die tschechische Rechtsordnung, die immer noch die Vertreibung und Enteignung von Sudetendeutschen legalisiere, in die EU-Wertegemeinschaft passe. Auch Waigel (CSU-Vorsitzender), der als Vertreter der Bundesregierung sprach, verlangte eine Distanzierung Prags von den Benesch-Dekreten und dem Amnestiegesetz von 1946. ...<<

Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) berichtet am 2. Juni 1998 über die Benesch-Dekrete: >>>Mehr als 100 Dekrete wurden kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs vom damaligen Präsidenten der Tschechoslowakei, Eduard Benesch, erlassen, um nach der Besetzung durch Nazi-Deutschland die Rechtsordnung wiederherzustellen. 1946 billigte das Parlament die Dekrete, die damit Gesetz wurden.

Auf der Grundlage von 5 dieser Verfügungen wurden die seit Jahrhunderten in Böhmen und Mähren lebenden 3 Millionen Deutschen als Vergeltung für die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler-Deutschland enteignet. Gleichzeitig schufen sie die Voraussetzung für

die Ausweisung der deutschen Minderheiten.

Die noch immer gültigen Dekrete werden von deutschen und österreichischen Juristen als menschenrechtswidrig eingestuft, weil sie auf dem Prinzip der Kollektivschuld basierten und gegen die Unschuldsvermutung - die Betroffenen mußten ihre Unschuld nachweisen - verstießen.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/128-129): >>... Über die Frage, ob die Kommunisten für sich in Anspruch nehmen können, die Vision von der besseren, gerechteren Welt zu vertreten, ist in den vergangenen 50 Jahren oft gestritten worden.

Am 11. April 1948 hatte Raymond Aron, der Denker der totalitären Erfahrung unseres Jahrhunderts, in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" eine Antwort parat, für die er seither gehaßt worden ist: "Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie."

Es ist schwer Courtois' und seiner Autoren "Schwarzbuch" zu lesen und sich nicht an den Historikerstreit vor zwölf Jahren zu erinnern. Der Historiker und Faschismusforscher Ernst Nolte hatte damals die nationalsozialistische neben die kommunistische Gesellschaftsutopie gestellt und einen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem "Rassenmord" und kommunistischem "Klassenmord" gesehen. Der Weltkriegshistoriker Andreas Hillgruber glaubte für das letzte Kriegshalbjahr in der deutschen Kriegsführung auch Elemente eines Abwehrkrieges zu erkennen. Beides hätte man in aller Ruhe für plausibel oder unplausibel halten können.

Der Frankfurter Soziologe Jürgen Habermas und der Bielfelder Historiker Hans-Ulrich Wehler warfen Nolte und Hillgruber "apologetische Tendenzen" - Verharmlosung des Nationalsozialismus - vor.

Den Vorwürfen folgte eine Kampagne. Nolte wurde von Fanatikern tätlich angegriffen. Hillgruber öffentlich als "konstitutioneller Nazi" beschimpft. Habermas und Wehler haben seither nie etwas zurückgenommen.<<